

# Die Grünen in Niedersachsen

Als Wiege der größten und vor allem langlebigsten Anti-Atomkraftbewegungen und (gemeinsam mit Schleswig-Holstein) Experimentierfeld der ersten erfolgreichen grünen Listen, gilt Niedersachsen seit jeher als «grünes Stammland»<sup>1</sup>. Wie für die Grünen typisch entstanden die grünen Listen hier in enger Verbindung mit Bürgerinitiativen und Protestbewegungen. Zugleich ist der niedersächsische Landesverband mit seinem vergleichsweise harmonischen Image jedoch die Ausnahme in der frühen Parteigeschichte der Grünen, die in der öffentlichen Wahrnehmung häufig ein einziger Strömungskampf war. Doch von vorn.

## Gründung des niedersächsischen Landesverbandes

Die Grünen in Niedersachsen wurden am 9. Dezember 1979, also noch vor dem grünen Bundesverband, gegründet. Sie entstanden zunächst als Landesverband «Sonstige Politische Vereinigung/SPV Die Grünen». Vorausgegangen war der Zusammenschluss der Grünen Liste Umweltschutz (GLU) mit der Umweltschutzpartei (USP) zur Landtagswahl 1978, bei der die neu fusionierte GLU mit 3,9% bereits ein beachtliches Ergebnis einfahren konnte. Bis es zu dieser Einigung kommen konnte, hatte es in Niedersachsen durchaus eine Reihe heftiger Strömungsstreitigkeiten gegeben, die zunächst zur Ausbildung verschiedener grüner Parteigebilde und Listen auf Landesebene führten.<sup>2</sup> Als landesweite Partei war die USP 1977 gegründet worden. Nach der Landtagswahl von 1978 entstand mit der Grünen Aktion Zukunft (GAZ) eine weitere Partei auf Bundesebene, die sich wie die seit den 1950er-Jahren aktive Aktionsgemeinschaft Unabhängiger Deutscher (AUD) dem grünen Spektrum zuordnete. Hauptstreitpunkt unter den grünen Gruppierungen war, wie in vielen anderen Landesverbänden, die ideologische Verortung einer gemeinsamen grünen Partei, insbesondere die Abgrenzung nach links.

Für die Europawahl 1979 schlossen sich GLU, GAZ und AUD dennoch zur gemeinsamen Liste Sonstige Politische Vereinigungen (SPV) Die Grünen zusammen und machten in Niedersachsen gemeinsam Wahlkampf. Mit

- 1 Christoph Hohlfeld, Grüne Eintracht Niedersachsen, in: Joachim Raschke, Die Grünen. Wie sie wurden, was sie sind, Köln 1993, S. 348.
- 2 Vgl. dazu ausführlich: Anna Hallensleben, Von der Grünen Liste zur Grünen Partei? Die Entwicklung der Grünen Liste Umweltschutz von ihrer Entstehung in Niedersachsen 1977 bis zur Gründung der Partei Die Grünen 1980, Göttingen/Zürich 1984.

immerhin 3,6% in Niedersachsen konnte auch diese Wahl als Erfolg verbucht werden, obwohl der Einzug in das Europäische Parlament nicht aus dem Stand gelang. Der ideologische Konflikt wurde durch den gemeinsamen Wahlkampf zwischenzeitlich verdeckt, aber nicht gelöst. Unterhalb des kompromissfähigen Ökologiethemas schwelte er nach der Wahl weiter und entbrannte erneut, als die gemeinsame Gründung der Grünen auf Bundes- und Landesebene Kontur annahm.<sup>3</sup> Auf der Landesdelegiertenkonferenz der GLU in Bodenwerder 1979 wurde zwar beschlossen, die bunten und alternativen Listen an den Programmdiskussionen zu beteiligen, um eine Spaltung wie beispielsweise in Bremen zu verhindern. Allerdings war das Gespenst der dogmatischen Linken auch in den bürgerlich geprägten Kreisen der GLU so gefürchtet, dass die niedersächsischen Kreisverbände im Zuge der Gründungsvorbereitung zur gemeinsamen bundesweiten grünen Partei größtenteils eine stärkere Abgrenzung nach links suchten.<sup>4</sup> Die bereits im Europawahlkampf vertretenen Grundsätze – ökologisch, sozial, basisdemokratisch und gewaltfrei – schufen nur eine prekäre gemeinsame Basis, die in dieser Frage keine Entscheidung brachte. Erst über das 1980 auf Bundesebene beschlossene Saarbrücker Programm kam es dann vereinzelt zum Bruch, als sich der Kreisverband Uelzen weigerte, es für den Bundestagswahlkampf 1980 zu vertreten. Auch unter der Führung von Herbert Gruhl, dem Gründer der GAZ, kam es zu Abspaltungen von der gemeinsamen Partei<sup>5</sup>, aber die GLU Niedersachsen als Ganzes ging im niedersächsischen Landesverband der Grünen auf.

Dadurch wurden die Querelen zwischen den bürgerlichen und den linken Kräften zwar nicht beendet, aber während diese in anderen Bundesländern zur Hypothek für die weitere Entwicklung und schließlich zur Zerreißprobe wurden, gelang es im niedersächsischen Landesverband, einen Mittelweg zu etablieren, der weitere Spaltungen verhinderte. Damit konnte die parlamentarische Erfolgsgeschichte der niedersächsischen Grünen weitergehen.

## Etablierung im Parlament

Das Ergebnis der Bundestagswahl 1980 fiel für die Grünen bescheiden aus, mit 1,5% der Stimmen bundesweit und 1,6% in Niedersachsen. Der besonders polarisierte Wahlkampf zwischen dem SPD-Kanzler Helmut Schmidt und dem CDU/CSU-Kandidaten Franz Josef Strauß mag hierfür der Hauptgrund gewesen sein, denn das damit keine langfristige Schwäche der niedersächsischen Grünen eingeleitet wurde, zeigte sich zwei Jahre später. Gleich bei der ersten Landtagswahl nach Gründung des grünen Landesverbandes gelang der parlamentarische Durchbruch. Mit 6,5% zogen die Grünen 1982 erstmals in den niedersächsischen Landtag ein, als vierter Landesverband der Grünen überhaupt. Wie im Rest der Bundesrepublik eckten sie dort bei den bereits etablierten Parteien mit einigen

---

<sup>3</sup> Ebenda, S. 188.

<sup>4</sup> Ebenda, S. 216f.

<sup>5</sup> Ebenda, S. 229.



Auszug aus dem Landeswahlprogramm der Grünen in Niedersachsen, 1982

neuen Ideen an. So ging die Frage, ob eine Rotation der grünen Abgeordneten nach der Hälfte der Legislaturperiode statthaft sei, bis vor den Staatsgerichtshof, der schließlich zugunsten der grünen Beschlüsse urteilte. Dennoch wurde die Rotation von Beginn an nicht konsequent durchgeführt, nur fünf der elf Abgeordneten bei den niedersächsischen Grünen rotierten auch tatsächlich, und in den nachfolgenden Jahren wurde das Prinzip immer weiter verwässert. Dies war jedoch keine niedersächsische Besonderheit, vielmehr beschlossen nach und nach die meisten Landesverbände und auch die Bundespartei, vom ursprünglichen Rotationsprinzip Abstand zu nehmen. Dagegen ist die Machtteilung zwischen den Geschlechtern, die im Frauenstatut von 1986 festgeschrieben wurde, als Besonderheit grüner Parteistruktur erhalten geblieben. Obwohl in Anlehnung an das Saarbrücker Parteiprogramm bereits ein vielfältiges Themenspektrum abgedeckt wurde, stellten die niedersächsischen Grünen programmatisch die Umweltpolitik in den Fokus. So ist dem Wahlprogramm von 1982 eine Landkarte Niedersachsens vorangestellt, auf der «Umweltzerstörungen in Niedersachsen durch geplante oder bestehende Großprojekte»<sup>6</sup> eingezeichnet sind. Im Landtag setzte sich die grüne Fraktion entsprechend gegen die Atomprojekte, insbesondere Gorleben, ein. Rasche Erfolge waren ihnen damit gegen die konservative Regierung unter Ernst Albrecht zwar nicht beschieden, aber durch die parlamentarische Arbeit konnten die Proteste der Kernkraftgegner zumindest, wie schon von der GLU geplant, direkt in den politischen Entscheidungsprozess eingebracht werden.

Der Einzug in den Bundestag 1983 mit 5,6% bundesweit und immerhin 5,7% in Niedersachsen komplettierte die frühe Erfolgsserie, und in den nachfolgenden Jahren florierte der grüne Landesverband Niedersachsen. Die Mitgliederzahl stieg von 3.728 im Jahr 1983 auf einen ersten Höchstwert von 5.157 im Jahr 1987<sup>7</sup> an. Bei der Landtagswahl 1986 konnte das gute Ergebnis von 1982 sogar noch verbessert werden. Mit 7,1% lösten die Grünen die FDP als drittstärkste Partei in Niedersachsen ab. Dennoch bescheinigten viele Beobachter den Grünen damit ein enttäuschendes Ergebnis, da allgemein stärkere Zugewinne erwartet worden waren.<sup>8</sup> Hintergrund war die Reaktorkatastrophe im ukrainischen Tschernobyl, die erstmalig drastisch vor Augen führte, welche konkreten Gefahren auch die friedliche Kernenergienutzung mit sich bringen konnte. Nachfolgende Umfragen hatten gezeigt, dass die Stimmung in der Bevölkerung sich gegen die Atomenergie zu wenden begann, selbst die Zukunft des Bundeskanzlers Helmut Kohl wurde mit dem Ausgang der niedersächsischen Wahl verknüpft. Auch bei den niedersächsischen Grünen hatte man sich entsprechend mehr erhofft, zumindest einen flüchtigen Blick auf mögliche Regierungsszenarien mit grüner Beteiligung geworfen. Allein, es reichte trotz aller Prognosen nicht für eine Ablösung der CDU, die zwar fortan mithilfe der FDP weiterregieren musste, aber weiterhin mit dem Kernenergiebefürworter Ernst Albrecht den Ministerpräsident stellte. Trotz Tschernobyl

6 Die Grünen Niedersachsen, Unser Wahlprogramm, Hannover 1982.

7 Alle Mitgliederzahlen gemäß der Auskunft des niedersächsischen Landesverbands.

8 Ein Schiff kann lange brennen, in: *Der Spiegel*, 25 (1986), S. 11-25.

schien die Zeit noch nicht reif für die von den Grünen vertretene Forderung nach einem sofortigen Atomausstieg, aber das gute Ergebnis zeigte dennoch, dass die Grünen in Niedersachsen zum politischen Faktor geworden waren.

## **Regierungs- und Oppositionsjahre im Zeichen der Kernenergiekontroverse**

Die nächste Landtagswahl 1990 brachte zwar mit 5,5% weniger Stimmenanteile, dafür aber die erste Regierungsbeteiligung für die niedersächsischen Grünen. Obwohl es bereits in Hessen und Berlin Koalitionen unter grüner Beteiligung gegeben hatte, war Niedersachsen damit noch immer Pionierland, waren Ausmaß und Richtung parlamentarischer Tätigkeit zu Beginn der 1990er-Jahre bei den Grünen doch noch immer sehr umstritten. Dem niedersächsischen Landesverband kam hierbei freilich zugute, dass Rot-Grün bereits im Vorfeld der Wahl 1986 diskutiert worden war. Viele Führungspersönlichkeiten hatten da bereits ihre grundsätzliche Bereitschaft zur Regierungsbeteiligung kundgetan, so beispielsweise Helmut Lippelt, der «breitangelegte Verhandlungen mit der SPD» bei einem entsprechenden Wahlergebnis für notwendig gehalten hatte.<sup>9</sup> Auf der Landesdelegiertenkonferenz in Braunschweig 1985 waren auf Drängen des linken Flügels noch alle Wege von Opposition über Tolerierung bis hin zur Koalition offen gehalten worden. Vor der Wahl 1990 bekannten sich aber nun Linke wie Bürgerliche gleichermaßen zum rot-grünen Koalitionsprojekt.<sup>10</sup> Auch hierbei gelang es den niedersächsischen Grünen, Spaltungen und Zerreißproben zu verhindern. Das Programm deckte das gesamte Spektrum grüner Themen ab, wobei wiederum Umwelt- und Energiepolitik einen prominenten Platz auf den vordersten Seiten einnahmen. Bezüglich der Energiepolitik blieb der Kurs hart: Die Kernkraftwerke sollten sofort stillgelegt und neue Anlagen verboten werden. Das in Niedersachsen besonders virulente Thema der Atommüllentsorgung wurde direkt daran gekoppelt. So wird ausführlich dargelegt, wieso keines der in Niedersachsen angesiedelten Zwischen- und Endlagerprojekte geeignet ist, und dass sie nur weiter erforscht würden, um die Kernenergienutzung nicht einstellen zu müssen. Aus dieser Not wird zugleich eine Tugend gemacht, wenn es heißt: «Die Verhinderung der Endlager ist damit sogleich ein wichtiger Hebel für den Stopp des Atomprogramms.» Entsprechend würden die Grünen sich nur dann «an einem Konzept der möglichst sicheren Lagerung von Atommüll beteiligen», wenn «die Erforschung, Erkundung und Entwicklung der Endbehandlung des Atommülls nicht mehr als Alibi für die Weiterproduktion von Atommüll dient».<sup>11</sup> Hier wurden die Forderungen der Protestbewegungen also nach wie vor konsequent vertreten. Umwelt- und Atompolitik waren jedoch keine Kernthemen in einer Landtagswahl, die aufgrund der Wiedervereinigung unter starken bundespolitischen Einflüssen stand. Die Grünen, die auf Bundesebene sogar kurzzeitig

<sup>9</sup> Gespenst gesichtet, in: *Der Spiegel*, 21 (1985), S. 31f.

<sup>10</sup> Vgl. Hohlfeld, S. 351f.

<sup>11</sup> Zitate aus: Die Grünen Niedersachsen, Landtagswahlprogramm 1990, Hannover 1990, S. 13f.

in eine tiefe Krise gerieten, konnten in dieser Situation mit ihren Themen wenig punkten, was entsprechend zu ihrem verglichen mit 1986 deutlich schlechteren Wahlergebnis beigetragen haben dürfte. Nichtsdestotrotz konnten die niedersächsischen Grünen in den Koalitionsverhandlungen einiges für ihr Kerngeschäft erreichen. In der Koalitionsvereinbarung einigten sie sich mit der SPD auf einen Ausstieg aus der Atomenergie auf dem rechtlich schnellstmöglichen Weg, wobei das älteste niedersächsische Kernkraftwerk Stade zuerst vom Netz genommen werden sollte. Die Standorte Gorleben und Schacht Konrad bei Salzgitter wurden zudem einvernehmlich als Endlager für Atommüll abgelehnt. Insgesamt konnten die niedersächsischen Grünen also weitreichende umweltpolitische Akzente in den Koalitionsverhandlungen setzen. Umso unbefriedigender war es, dass sie sich bei der Besetzung des Umweltministeriums nicht gegen den Koalitionspartner durchsetzen konnten. Die damals parteilose Monika Griefahn, Mitbegründerin der deutschen Sektion von Greenpeace, bekam den Zuschlag. Obwohl ihnen damit das naheliegende Ministerium verwehrt blieb, konnten die Grünen mit Waltraud Schoppe die erste Frauenministerin Niedersachsens stellen und so eine weitere Kernforderung in der neuen Regierung durchsetzen. Der zweite grüne Ministerposten ging an Jürgen Trittin, der Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten wurde. Alles in allem verlief die erste Regierungszeit ohne sensationelle Erfolge, aber auch ohne desaströse Niederlagen. Umweltpolitisch beschloss die rot-grüne Regierung ein großes Förderprogramm für Windenergie, jedoch konnten die Grünen daraus ohne das Umweltministerium nur bedingt Kapital schlagen.

Die Mitgliederzahlen sanken im Laufe der Regierungsbeteiligung leicht, wobei das Ergebnis der Landtagswahlen 1994 bewies, dass sich die niedersächsischen Grünen auch ohne Umweltminister durchaus in der Koalition profilieren konnten. Mit 7,4% erzielten sie ihr bis dahin bestes Landtagswahlergebnis. Da die SPD allerdings zugleich die absolute Mehrheit erreichte, kam es nicht zu einer Neuauflage von Rot-Grün, die Grünen kehrten wieder in die Opposition zurück. Mit den ersten Castor-Transporten ins Zwischenlager Gorleben blieb für die Grünen das Kernenergieproblem und die Frage nach dem Umgang mit den Protesten auch in der Oppositionsarbeit bedeutend. Gerade die immer stärker anwachsenden Polizeieinsätze, die Castor-Transporte und Anti-Castor-Demonstrationen in den 1990er-Jahren begleiteten, verschafften dem Thema dauerhafte Präsenz. In der Oppositionszeit stiegen die Mitgliederzahlen wieder an und erreichten schließlich 1998 mit 5.652 einen neuen Spitzenwert.

Der Landtagswahlkampf 1998 stand für die Grünen unter dem Motto «Ökologie macht Arbeit, Solidarität macht sicher». Dank der anstehenden Bundestagswahl spielten bundespolitische Trends auch bei dieser Landtagswahl eine gewichtige Rolle, lag doch immerhin Wechselstimmung in der Luft. Hinzu kam, dass der amtierende Ministerpräsident Gerhard Schröder seine Kanzlerkandidatur von dem Wahlergebnis abhängig gemacht hatte und alles außer einer Fortführung der Alleinregierung demnach als Niederlage für die niedersächsische SPD und ihn persönlich zu werten gewesen wäre. Dennoch gelang es den Grünen,

sich mit 7% gut zu behaupten, auch wenn sie erneut mit ihrem Ziel scheiterten, wieder Regierungsverantwortung zu übernehmen. Während die SPD erfolgreich auf Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik setzte, versuchten die Grünen dies mit einem umfassenden ökologischen Konzept zu verbinden. In ihrem Wahlprogramm präsentierten sie sich als ökologisch-sozialer Reformmotor für Niedersachsen und Bonn, hatten jedoch im Landtagswahlkampf Profilierungsprobleme gegenüber der SPD. Dies mag auch daran gelegen haben, dass dem Umweltthema für die Wahlentscheidung allgemein deutlich weniger Bedeutung zukam; nur in den Hochburgen der Anti-Atom-Bewegung konnten die Grünen damit überdurchschnittlich gut abschneiden.<sup>12</sup> In punkto Kernenergie blieb die programmatische Linie auch gewohnt hart. Weiterhin stand der Atomausstieg an erster Stelle und alle diskutierten Zwischen- und Endlager in Niedersachsen wurden abgelehnt. Zudem stellten sich die Grünen dezidiert auf die Seite der Atomkraftgegner und deren «friedlichen Widerstand gegen Atomkraftanlagen», die durch regelrechte «Besatzungszustände» beantwortet würden.<sup>13</sup> Damit wurde die Kritik an den im Laufe der 1990er-Jahre immer massiver gewordenen Polizeieinsätzen im Zuge der Castor-Transporte aufgenommen.

Die enge Bindung an das Thema Atomkraft stellte die niedersächsischen Grünen mit der ersten Regierungsbeteiligung auf Bundesebene aber in den nachfolgenden Jahren auch vor eine Belastungsprobe. Die rot-grüne Bundesregierung hatte zwar den Atomausstieg beschlossen, vielen Atomkraftgegnern ging der Prozess jedoch nicht schnell genug. Auch hatte die Bundesregierung für viel Unmut gesorgt, als nach einem zweijährigen Moratorium die Castor-Transporte nach Gorleben im Jahr 2001 wieder aufgenommen wurden. Da nutzte es wenig, dass mit Jürgen Trittin ein niedersächsischer Grüner an der Spitze des Bundesumweltministeriums auf die vertraglichen Verpflichtungen verwies, den nach Frankreich verbrachten Atommüll wieder zurückzunehmen. Zwischenzeitlich entbrannte innerhalb der grünen Partei ein heftiger Streit darum, in welchem Ausmaß die Grünen vor Ort Teil der Protestbewegung bleiben könnten. So wollten sich viele Spitzenpolitiker der niedersächsischen Grünen, wie die damalige Landesvorsitzende Heidi Tischmann und die Fraktionsvorsitzende Rebecca Harms, weiterhin aktiv an den Protesten beteiligen und unterstützten Sitzblockaden und andere Formen des friedlichen Widerstands gegen die Castor-Transporte, wohingegen der Parteirat ein solches Engagement ablehnte.<sup>14</sup> Beide Seiten befürchteten dabei im Prinzip einen Glaubwürdigkeitsverlust. Die niedersächsischen Grünen, weil der Atomkonsens gerade die für

<sup>12</sup> Vgl. Forschungsgruppe Wahlen, Wahl in Niedersachsen. Eine Analyse der Landtagswahl vom 1. März 1998, in: Berichte der Forschungsgruppe Wahlen, Nr. 88, Mannheim 1998, S. 46f. u. 56f.

<sup>13</sup> Zitate aus: Die Grünen Niedersachsen, Landtagswahlprogramm 1998–2003. Ökologie macht Arbeit! Solidarität macht sicher!, Hannover 1998, S. 24.

<sup>14</sup> Allgemeines zur Auseinandersetzung in: Matthias Gebauer, Grüne streiten um Sitzblockaden, in: *Spiegel Online* vom 31.01.2001, abrufbar unter: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,115322,00.html> [Stand 20.07.2011].

Niedersachsen zentrale Entsorgungsfrage in ihren Augen nicht befriedigend geklärt und eine zentrale Ursache des Widerstands damit schlicht nicht beseitigt hatte. Sich in dieser Situation von den Protesten abzuwenden, erschien vielen als keine gangbare Lösung, weil weiterhin Druck auf die Energiekonzerne ausgeübt werden müsse.<sup>15</sup> Der Parteirat argumentierte dagegen, die Grünen hätten 2000 dem Atomkonsens und entsprechend den damit verbundenen vertraglichen Pflichten zugestimmt. Sich nun gegen die notwendigen Castor-Transporte zu stellen, sei inkonsequent, zumal es zum Rücktransport des Atommülls keine Alternativen gäbe. Jürgen Trittin schrieb dazu in einem Brief an den niedersächsischen Landesvorstand: «Wollen wir glaubhaft bleiben, müssen wir zu den Konsequenzen unserer Politik stehen. Der Atomkonsens ist ein Kompromiss, der noch eine Weile Transporte erlaubt. Unabhängig vom Konsens müssen wir den Atommüll aus Frankreich und England zurücknehmen. Die Voraussetzungen für die Durchführung der Transporte sind gegeben. Und deshalb gibt es für Grüne keinen Grund, gegen die Transporte zu demonstrieren.»<sup>16</sup> Beim Landtagswahlkampf 2003 war es abgesehen von dieser parteiinternen Belastung für die niedersächsischen Grünen zudem schwierig, sich mit der SPD als Koalitionspartner im Bund gegen deren Kurs als Landesregierung komplett abzugrenzen. Vor diesem Hintergrund setzten die Grünen, gestärkt durch ihr gutes Ergebnis bei der Bundestagswahl 2002, erneut auf die Rolle des Reformmotors, der einer «meist schwerfälligen, oft strukturkonservativen SPD» auf die Sprünge helfen würde.<sup>17</sup> Thematisch widmeten sie sich zuvorderst der Bildungspolitik und warben u.a. für längeres gemeinsames Lernen. Trotz aller parteiinternen Differenzen über die Castor-Transporte verbuchten sie es als grünen Erfolg, dass die Energiewende auf Bundesebene überhaupt beschlossen worden sei, charakterisierten den Atomkonsens zugleich aber als ausbaufähig. «Wir wollen den vereinbarten Ausstieg aus der Atomkraft weiter beschleunigen und die Energiewende unumkehrbar machen»,<sup>18</sup> hieß es dazu. In den konkreten Fragen wie der Entsorgungsfrage war der Spagat zwischen bundes- und landespolitischen Erfordernissen dagegen nicht so leicht zu meistern. Einerseits passten sich die niedersächsischen Grünen den neuen bundespolitischen Erfordernissen an, wenn sie sich beispielsweise weiterhin gegen die Nutzung Gorlebens als «Atomklo» verwarhten, zugleich aber nicht – wie noch 1998 – alle Zwischenlager sofort schließen wollten, sondern für eine Beschränkung der Kapazitäten auf die Restlaufzeit der Reaktoren sowie eine Begrenzung der Genehmigungs-

15 Vgl. zu den Argumenten der Protestbefürworter: Offener Brief an die bündnisgrünen Landes-, Kreis- und Ortsverbände, Grüne gegen Castor-Transporte – Für den schnellstmöglichen Ausstieg, 03.02.2001, abrufbar unter: <http://www.gruene-linke.de/atom/aktionen/01-02--offener-brief.html> [Stand 20.7.2011].

16 Jürgen Trittin, Brief an die niedersächsischen Kreisverbände von Bündnis 90/Die Grünen. Betreff: Castor-Transporte nach Gorleben, 31.01.2001, abrufbar unter: <http://www.spiegel.de/media/0,4906,2950,00.pdf> [Stand 20.7.2011].

17 Die Grünen Niedersachsen, Wir sind bereit! Landtagswahlprogramm 2003, Hannover 2003, S. 1.

18 Ebenda, S. 18.



dauer plädierten. Andererseits betonten sie wiederum, der Widerstand gegen Atommüllproduktion, -transport und -lagerung sei gerechtfertigt. Trotz dieser insgesamt nicht ganz einfachen Ausgangslage erzielten die Grünen mit 7,6% ihr bis dahin bestes Ergebnis in Niedersachsen. Zugleich verhalf der Stimmeneinbruch der SPD allerdings einer schwarz-gelben Koalition zur Macht und torpedierte damit das grüne Wahlziel einer rot-grünen Landesregierung.

Die Regierungsbeteiligung wurde auch im vierten Anlauf nicht erreicht, obwohl es den niedersächsischen Grünen 2008 mit 8% gelang, ihr Wahlergebnis noch einmal zu verbessern. Im Land wie im Bund nun in der Opposition führten sie mit Ursula Helmhold und Stefan Wenzel als Spitzenkandidaten einen selbstbewussten Wahlkampf unter dem Motto «Jetzt. Für morgen. Grün für Niedersachsen»<sup>19</sup>. Es sollten nicht mehr nur Reformen angestoßen, sondern eine grüne Politikwende eingeleitet werden. In ihren eigenen Worten wollten sie «Niedersachsen ökologisch und solidarisch umgestalten»<sup>20</sup>. Das unter rot-grün erlassene Gorleben-Moratorium endete zwar erst zwei Jahre später, doch war mit dem Ende der rot-grünen Regierung auf Bundesebene die Endlagerfrage für Niedersachsen wieder merklich virulenter geworden, zumal die Skandale um den undichten Salzstock Asse II die Sorge genährt hatten, es sollten unter der Hand vollendete Tatsachen an aus grüner Sicht ungeeigneten Standorten geschaffen werden. Entsprechend wiederholten die Grünen in ihrem Programm die Forderung nach einer neuen Endlagersuche, fernab der bislang in Niedersachsen anvisierten Standorte. Insgesamt stellte das Wahlprogramm von 2008 im Wesentlichen eine konzeptionell geschärfte und mitunter erweiterte programmatische Weiterführung der Politikvorschläge aus 2003 dar.

Infolge des Politikwechsels unter der schwarz-gelben Bundesregierung erlebten die Grünen seit 2009 bundesweit einen steilen Aufstieg. Insbesondere durch die Laufzeitverlängerung für viele Kernkraftwerke und die erneute Endlagerprüfung in Gorleben war Niedersachsen durch einige bundespolitische Entscheidungen direkt betroffen. Der Streit um die Atomkraft entbrannte erneut und mit ihm gelangten die Grünen ebenso wie die Anti-Atomkraft-Proteste in Niedersachsen zu neuer Blüte. Obwohl die Bundesregierung angesichts der Reaktorkatastrophe von Fukushima mittlerweile eine erneute Wende vollzogen hat, halten sich die Grünen in Umfragen bundesweit und in Niedersachsen weiterhin in hohen Gefilden, und im Mai 2011 verzeichneten die niedersächsischen Grünen mit 5.663 Mitgliedern einen neuen Bestwert. Sollten sie ihre derzeitigen Umfragewerte halten können, stünde 2013 einer Regierung unter grüner Beteiligung in Niedersachsen kaum noch etwas im Wege.

<sup>19</sup> Die Grünen Niedersachsen, Jetzt. Für morgen. Grün für Niedersachsen. Wahlprogramm 2008–2013, Hannover 2008.

<sup>20</sup> Ebenda., S. 1.

## «Grüne Eintracht Niedersachsen»<sup>21?</sup> – Gründe für die Strömungsferne

Besonderes Merkmal der Geschichte der niedersächsischen Grünen ist, glaubt man der Einschätzung vieler Beobachter, die ungewöhnliche Harmonie innerhalb des Landesverbandes, die so gar nicht zu der oft als streitsüchtig wahrgenommenen Gesamtpartei passen will. Die eingangs geschilderte Gründungszeit zeigt, dass nicht von Anfang an Harmonie herrschte. Es gab auch in Niedersachsen Strömungs- und Abgrenzungsdiskurse innerhalb des grünen Lagers, nicht alle Protagonisten der ersten Stunde fanden auch ihren Weg in die 1979 gegründete grüne Partei. Jedoch, und das scheint diesen Landesverband tatsächlich von den meisten anderen der Grünen zu unterscheiden, ebten die ideologischen Kontroversen schon relativ früh ab und führten nicht zu dauerhaften Verwerfungen und Zersplitterungen wie beispielsweise in Hessen oder in Hamburg.

Hierfür waren mehrere Faktoren maßgeblich. Zunächst einmal entfaltete das Ökologiethema in Niedersachsen eine besonders starke Bindekraft und eignete sich damit besser als in anderen Landesverbänden dazu, eine sichere gemeinsame Basis zu schaffen. Die späte Industrialisierung im agrarisch geprägten Niedersachsen und die damit verbundenen Friktionen<sup>22</sup> machten Umweltschutz in weiten Teilen der Bevölkerung schon populär, bevor der intensiverte Bau von Atomkraftwerken und die Standortsuche für Atommülllager eine massive Bürgerbewegung auf den Plan riefen. Diese Bewegung war kein Projekt einzelner Idealisten, sie schlug vielmehr tiefe Wurzeln in der breiten Bevölkerung, gerade auch im ländlichen Raum, wo viele Landwirte um ihre Existenz fürchteten. In der Anti-Atomkraftbewegung kooperierten bürgerliche und linke Gruppen im Kampf gegen einen Gegner, der in Niedersachsen genug Anlässe zum Protest bot. Der Bau der beiden ersten niedersächsischen Kernkraftwerke Stade und Unterweser Anfang der 1970er-Jahre ging noch ohne größere Proteste vonstatten, doch änderte sich die Situation, als die Landesregierung ihr Kernenergieprogramm um weitere Kernkraftwerke und weitreichende Pläne für ein nukleares Entsorgungszentrum erweiterte. Während die Demonstrationen um das AKW Grohnde 1977 zur «Schlacht» eskalierten, blieben die Proteste gegen die nuklearen Entsorgungsprojekte bei Gorleben überwiegend friedlich und zeichneten sich durch ihre Kreativität aus. Hohe Symbolkraft entfaltete die sogenannte «Freie Republik Wendland», ein Hüttendorf, das Atomkraftgegner 1980 als Zeichen des friedlichen Widerstands gegen die Endlagerprüfung in Gorleben errichteten. Zuvor hatten bereits etwa 500 Bauern mit dem «Gorleben Treck», zu dem sie 1979 mit ihren Traktoren und begleitet von tausenden Fußgängern aus dem Wendland nach Hannover zu einer Protestkundgebung zogen, das Projekt der Wiederaufbereitungsanlage in Gorleben gekippt. Allerdings war die Anti-Atomkraftbewegung nicht immer so erfolgreich. Sie konnte weder verhindern,

21 Vgl. Hohlfeld, 1993.

22 Vgl. Michael Koß/Tim Spier, Das Parteiensystem Niedersachsens, in: Parteien und Parteiensystem in den deutschen Ländern, Uwe Jun/Melanie Haas/Oskar Niedermayer (Hrsg.), Wiesbaden 2008, S. 304.

dass der Salzstock Gorleben-Rambow zum potenziellen Endlager deklariert wurde, noch dass Anfang der 1980er-Jahre das Zwischenlager Lüchow-Dannenberg bei Gorleben in Betrieb genommen wurde. Die geplanten Kernkraftwerke gingen nacheinander ans Netz und je mehr Atommüll in der Bundesrepublik produziert wurde, desto dringlicher offenbarte sich das Lager- und Entsorgungsproblem. Gorleben, Schacht Konrad und die Asse, in Niedersachsen mangelte es selten an einem Anlass für Protest, der bunte, alternative, linke und bürgerliche Akteure über alle Differenzen hinweg zusammenschweißte. Natürlich schlossen sich nicht alle Atomkraftgegner den grünen Listen und schließlich dem grünen Landesverband an, und entstammten andererseits nicht alle niedersächsischen Grünen der Anti-Atomkraftbewegung, aber die Bürgerinitiativen, insbesondere der Anti-Atomkraftbewegung, waren dennoch der wichtigste Geburtshelfer der grünen Partei in Niedersachsen. Diesen Wurzeln blieb sie eng verbunden, enger womöglich, als die Gesamtpartei. Der Kampf gegen die Kernenergie und für eine Energiewende in Niedersachsen stellte nicht zuletzt deswegen einen wichtigen Kitt dar, der die grünen Gruppierungen und schließlich den Landesverband trotz aller Richtungsstreitigkeiten zusammenhielt.

Ein weiterer Faktor, der in Niedersachsen starken Strömungsdiskursen entgegenwirkte, war die frühe parlamentarische Orientierung der Protagonisten. Während sich viele grüne Vorläufer andernorts darüber stritten, ob und wenn ja, wie weit eine Parlamentarisierung betrieben werden sollte, beschäftigten sich die niedersächsischen grünen Listen nur vereinzelt mit Systemalternativen und Fundamentalopposition. Mit der USP vollzog in Niedersachsen die erste Bürgerinitiative die Wandlung von der außerparlamentarischen Bewegung zur Partei. Auch die GLU trat von Anfang an bei Wahlen an. Dahinter stand die Einsicht, dass sich politische Entscheidungen am effektivsten direkt in den Parlamenten beeinflussen ließen, aber auch der Wunsch, die Anliegen der Bürgerbewegungen zu legitimieren und von den Ausschreitungen im Zuge vieler Proteste abzugrenzen.<sup>23</sup> Obwohl sich auch die niedersächsischen Grünen von ihrem Selbstanspruch her zunächst vornehmlich als Sprachrohr der außerparlamentarischen Bewegungen verstanden und in keiner der etablierten Parteien des Landtags einen geeigneten Politikpartner erblickten, gingen sie dennoch schnell über die bloße Artikulations- und Entlarvungsstrategie einer Fundamentalopposition hinaus. Die parlamentarische Arbeit auf kommunaler Ebene und Landesebene förderte allgemein eine pragmatische Orientierung<sup>24</sup>, die nach außen wie nach innen über politisch-ideologische Differenzen hinweg nach Gemeinsamkeiten suchen ließ. Zudem bewegten sich die Auseinandersetzungen der niedersächsischen Grünen durch die frühzeitige Etablierung im parlamentarischen System in einem anderen Rahmen, waren faktisch eingehegt durch den Wunsch, Wahlen zu gewinnen und in den Parlamenten etwas zu bewegen. So erklären sich auch die von Beginn

<sup>23</sup> Vgl. Markus Klein/Jürgen W. Falter, *Der lange Weg der Grünen. Eine Partei zwischen Protest und Regierung*, München 2003, S. 37f.

<sup>24</sup> Hohlfeld 1993, S. 353.

an vergleichsweise großen Anstrengungen, immer wieder Kompromisse zu schließen, um der Kandidatur konkurrierender alternativer oder sogenannter bunter Listen in Niedersachsen vorzubeugen, die schnell dazu geführt hätte, die einzelnen Splittergruppen an der Fünfprozenthürde scheitern zu lassen.<sup>25</sup>

Anders als beispielsweise im nahen Hamburg waren die Strömungen in Niedersachsen relativ gemäßigt und ließen der jeweils anderen Seite damit mehr Spielraum. Es gab zwar mit beispielsweise Göttingen ebenso linke Hochburgen im niedersächsischen Landesverband wie es mit Oldenburg und Osnabrück stärker bürgerliche Zentren gab, jedoch waren die Protagonisten beider Seiten überwiegend mittig orientiert. Nicht umsonst kursierte die Selbstbezeichnung «Zentralos».<sup>26</sup> Helmut Lippelt, bis Mitte der 1980er-Jahre eine der dominierenden Figuren innerhalb des bürgerlich-realpolitischen Lagers der Grünen in Niedersachsen, galt ebenso als Integrationsfigur wie Jürgen Trittin aufseiten der gemäßigten Linken eine kompromissbereite Rolle pflegte. Klassische Strömungsfürsten hatten in Niedersachsen keinen Platz, stattdessen prägten kompromissbereite Pragmatiker den Landesverband. Einzige gern zitierte Ausnahme von dieser Regel war die Auseinandersetzung um den Einfluss der Landesarbeitsgemeinschaft Frauen, die Ende der 1980er-Jahre für Unruhe sorgte und wohl als einziger echter Strömungskampf innerhalb des niedersächsischen Landesverbandes gelten kann.<sup>27</sup>

## Fazit

Typisch oder untypisch – die Geschichte der niedersächsischen Grünen ist beides zugleich. Sie ist typisch grün, weil die Grünen hier wie überall sonst in Deutschland aus sozialen Bewegungen und Bürgerinitiativen hervorgingen, weil sie durch die parlamentarische Arbeit den außerparlamentarischen Zielen zum Durchbruch verhelfen wollten und weil sie dafür schließlich eine gewisse Entfremdung von den Ursprungsbewegungen hinnehmen mussten. Typisch ist auch, dass sie den Anspruch, den Protesten, insbesondere der Anti-Atomkraftbewegung, weiterhin eine Stimme zu verleihen, bis heute nicht aufgegeben haben und ihren Hauptthemen treu geblieben sind, wobei die grüne Politik in Niedersachsen besonders stark von der Anti-Atompolitik geprägt war und ist. Zugleich ist die Entwicklung der niedersächsischen Grünen äußerst untypisch verlaufen, bedenkt man, wie sehr die grüne Partei als Ganze unter den Strömungskämpfen der 1980er-Jahre litt. Die niedersächsischen Grünen stellten hierbei die große Ausnahme dar und schafften es ohne nennenswerte Spaltungen oder tiefe Verwerfungen durch die drei Jahrzehnte ihres Bestehens. Womöglich liegt darin auch ein Grund, warum sie bislang in der Literatur nur wenig Aufmerksamkeit gefunden haben – obwohl doch gerade in der Erforschung des Untypischen der Reiz liegen könnte.

<sup>25</sup> Vgl. Gerd Langguth, *Der grüne Faktor. Von der Bewegung zur Partei?*, Zürich 1984, S. 20f.

<sup>26</sup> Hohlfeld 1993, S. 348.

<sup>27</sup> Vgl. ausführlicher dazu: ebenda, S. 353.